

Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung

Erscheint täglich nachmittags 6 Uhr
außer an Sonn- und Feiertagen

Monatlicher Bezugspreis:

Für Abholer 2 Litās, mit Zustellung 2 Litās 10 Cent

Für durch Streich, nicht geschliche Feiertage, Verkäufe usw. ausgefallene Nummern kann eine Erhöhung des Bezugsgeldes nicht eintreten

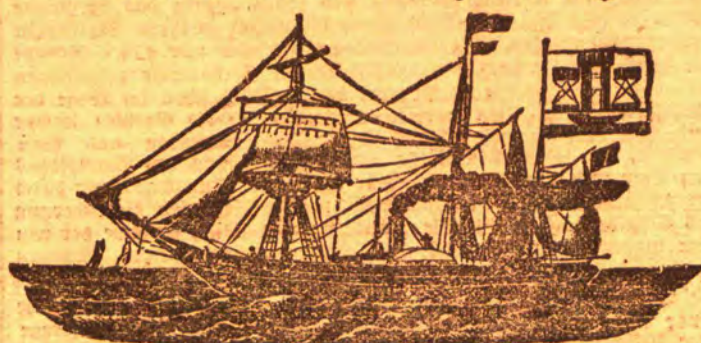
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr
außer Montag und Sonnabend

Für Aufbewahrung und Nachdruck unbenutzt eingelangter
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen

Die Expedition ist geöffnet:

An Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends,

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen kosten für den Raum einer Spalte in
Memelgebiet 15 Cent, in Litauen 20 Cent
Kleinanzeigen im Memelgebiet 50 Cent, in Litauen 65 Cent
Deutschland: Anzeigen 750 Mark, Kleinanzeigen 3000 Mark
bei Erfüllung von Platzvorschriften 50%, Aufschlag.
Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze
kann nicht übernommen werden.

Einzeliger Absatz kann im Kontostille, bei Einziehung des
Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann
verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang
der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt
sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für Richtigkeit
Belag-Exemplare kosten 15 Cent

Fernschreibnummern: 26 und 28.

Nr. 150

Memel, Sonnabend, den 30. Juni 1923

75. Jahrgang

Neue englisch-französische Verhandlungen

Paris, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Das französische Kabinett entschloß sich gestern Abend, die seit längerer Zeit unterbrochenen Verhandlungen mit England in der Ruhr- und Reparationsfrage wieder aufzunehmen. Der englische Botschafter in Paris hatte bereits eine längere Unterredung mit dem Direktor für politische Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, und heute soll der französische Botschafter in London dem englischen Außenminister Lord Curzon über die Fragen Aufklärung geben, die bisher von Frankreich nicht beantwortet waren, insbesondere über die französischen Bedingungen für eine einmalige Rüchmung des Ruhrgebietes. In Paris wird erklärt, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen dadurch ermöglicht worden sei, daß die belgische Ministerkrije endlich gelöst sei. Man hofft, daß die jetzt wieder beginnenden englisch-französisch-belgischen Besprechungen zu einem gründlichen Ergebnis führen werden. Unter diesen Umständen hält man es auch für möglich, daß bald eine Begegnung zwischen Poincaré und Baldwin stattfindet. Die „Daily Mail“, die über die Absichten des Quai d'Orsay immer ausgezeichnet unterrichtet ist, hört sogar von dem Inkrafttreten einer interalliierten Konferenz, die das Problem einer endgültigen Lösung zuführen soll.

Die Labour Party gegen die französische Ruhrpolitik

London, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Auf dem Kongress der Labour Party legte James Macdonald eine Resolution vor, in der die Beilegung des Ruhrgebietes als eine Annetion gebrandmarkt wird. James Macdonald fordert die Einberufung einer Weltkonferenz zur Regelung der Reparationsfrage. Gleichzeitig verlangt er die Anerkennung der Sowjetregierung. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

England und Amerika zur Papstintervention

London, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß in englischen und amerikanischen Regierungskreisen der Brief des Papstes über die Reparationsfrage mit lebhafter Genugung aufgenommen wurde als eine wertvolle und moralische Unterstützung des Standpunktes der angelsächsischen Länder. Werde es sich als möglich herausstellen, mit Frankreich zu einer Einigung zu gelangen, so würden wahrscheinlich England, Italien und Amerika gemeinsam Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch Sachverständige festlegen lassen.

London, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Mit Bezug auf den Brief des Papstes über die Wiederherstellung des europäischen Friedens schreibt der „Standard“, daß dieser Brief eine direkte Intervention darstelle. Die politische Konsequenz des Briefes würde wahrscheinlich in Belgien noch weitläufiger sein, da dort der Merkantilismus eine größere Rolle spiele, und es sei deshalb anzunehmen, daß der Eindruck des Briefes auf die Entwicklung der belgischen Ministerkrije tief sein werde.

Die Kosten der französischen Ruhraktion

Paris, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Humanité“ meldet, die Kosten der französischen Ruhraktion würden von englischen Statistkern auf 500 Millionen Francs monatlich berechnet.

Eine großzügige Ruhrspende des Papstes

Köln, 27. Juni. Der päpstliche Delegat, Mar. Testa, überreichte nach der „Köln. Ztg.“ dem Kaplan Dr. Blank in Ratingen eine Spende von 500.000 Lire für wohltätige Zwecke. Nach dem gegenwärtigen Devisenstande beträgt diese Schenkung über 2 Millionen Mark.

190 Milliarden bisher im Ruhrgebiet beschlagnahmt

Berlin, 28. Juni. (Tel.) Die Gesamtsumme der bei den Reichsbankstellen im besetzten Gebiet durch Franzosen und Belgier beschlagnahmten Beträge stieg auf 190 Milliarden. Die Forderungen des deutschen Papiergeldes durch die Franzosen dauern an.

Nach, 28. Juni. (Tel.) Am Vormittag wurden im Gebäude der Reichsbankstelle die letzten Beamten von der Besatzungsbehörde verhaftet und abgeführt. Hierauf kehrten die Beamten der Besatzung zurück und öffneten die Tresore der Reichsbank und raubten einen größeren Geldbetrag. Man schätzte den Betrag auf 6 bis 700 Millionen Mark. Am Nachmittag weilten abermals die Vertreter der Besatzung im Bankgebäude.

Erneute Fahmlegung einer Eisenbahnstrecke

Frankfurt a. M., 29. Juni. (Priv.-Tel.) Heute früh haben die Franzosen die Strecke Darmstadt-Frankfurt zwischen den Stationen Lange und Buschlag unterbrochen. Es verlautet, daß eine militärische Abteilung die Schienen aufgerissen habe. Die Züge nach dem Süden müssen deshalb über Offenbach-Düburg nach Darmstadt geleitet werden. Die durchgehenden Schnellzüge vom Süden über Frankfurt nach dem Westen verkehren nur über Darmstadt-Danau. Was die Franzosen veranlaßt hat, die Bahnverbindung zwischen Darmstadt und Frankfurt lahmzulegen, ist zur Stunde noch nicht festzustellen.

Eisenbahnunglück auf einer militarisierten Strecke

Berlin, 28. Juni. (Tel.) Wie die „B. Z.“ am Mittag aus Gelsenkirchen meldet, ereignete sich gestern Abend auf der militarisierten Strecke Wanne-Gelsenkirchen ein großes Eisenbahnunglück. Ein französischer Kohlentransport, in dem sich auch viele mit Benzin beladene Wagen befanden, entgleiste, anscheinend infolge falscher Weichenstellung. Die Lokomotive, der Tender und eine große Anzahl von Wagen wurden vollständig zertrümmert. Die Tatsache, daß unmittelbar nachher eine Anzahl französischer Kranenautos an der Unglücksstelle erschienen, läßt annehmen, daß es auch Tote und Verwundete gegeben hat.

Der Bezugspreis

des „Memeler Dampfboot“
beträgt vom 1. Juli 1923 ab

für Abholer 2,50 Litās

mit Zustellung . . . 2,65 Litās

für Wochenbezieher . . 0,65 Litās

F. W. Siebert

Memeler Dampfboot Akt.-Ges.

Zeigener gegen Cuno

Dresden, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigener hatte vor kurzem in einer öffentlichen Versammlung eine Rede über die Ruhrpolitik und gegen das Kabinett Cuno gehalten, was ihm besonders in rechtstehenden Kreisen als Hochverrat ausgelegt worden war und zur Einbringung eines Mißtrauensantrages im sächsischen Landtag von Seiten der bürgerlichen Parteien führte. In der gestrigen Verhandlung über diesen Antrag verteidigte sich Dr. Zeigener gegen diese Vorwürfe. Er stellte den Inhalt seiner Rede nochmals zusammen. Zunächst sei ein großer Teil des deutschen Volkes durch die Ereignisse der letzten sieben Monate, die die Politik des Kabinetts Cuno mit sich gebracht habe, aus seiner Kraft gekommen. Auch seine Erklärung, daß das Kabinett Cuno nicht zu halten sein würde und abtreten würde, weil es sich auf einen Standpunkt festgelegt habe, der auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden könne, sei nicht zu liquidieren. In allen maßgebenden Kreisen sei man sich darüber klar, daß irgend eine Mäßigkeit, die Ruhrpolitik zu liquidieren, gefordert werden müsse. Redner der bürgerlichen Parteien erklärten, Zeigener sei der offiziellen Ruhrpolitik in den Rücken gefallen und habe den inneren Frieden gefährdet. Das Mißtrauensvotum wurde mit 46 sozialistischen Stimmen gegen 43 bürgerliche abgelehnt.

Die belgische Ministerkrije beendet

Paris, 28. Juni. (Tel.) „Havas“ meldet aus Brüssel, Thénis teilte dem König heute Abend mit, er werde das neue Kabinett bilden.

Paris, 27. Juni. „Journal des Débats“ erfährt aus Brüssel über den Stand der belgischen Ministerkrije: Thénis teilte morgens den Parteiführern mit, daß er auf die neue Bildung verzichtet werde, wenn sie nicht nachgeben. Daraufhin beschloßen die Fraktionsführer, sich über folgende Punkte zu einigen: 1. Die Frage der Genet-Universität: Den Studenten steht es frei, das Studium in flämischer oder französischer Sprache zu betreiben, unter der Bedingung jedoch, daß sie eine bestimmte Anzahl Vorlesungen, die nicht zu ihrem Hauptstudium gehören, französisch hören. 2. Die Militärfrage: Thénis schlägt eine zwölfmonatige Dienstzeit vor. Dazu kommen für die Dauer der Ruhrbesetzung zwei weitere Monate. Nach Annahme dieser Punkte hatte man den Eindruck, daß Thénis sich entschließen werde, das Kabinett heute Abend zu bilden. Thénis wird morgen vor das Parlament treten und es darüber entscheiden lassen, ob die vorstehende Formel Anhänger findet oder nicht.

Belgische Kontrolle an einen englischen General

London, 29. Juni. (Tel.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erfährt, daß der Oberbefehlshaber der englischen Heerarmee, General Godley, in der Nacht zum Montag auf der Reise von Köln nach London bei der Ankunft des Zuges in Köln auf Geheiß der belgischen Zollbeamten im Schlafwagen über eine Stunde im Nachhinein im Gang stehen mußte, während die Belgier eine eingehende Untersuchung des Wagens vornahmen. Besonders wurde das Gepäck und die Papiere des Generals untersucht. Dieser erhob energischen Einspruch gegen die Behandlung. Dem Berichterstatter zufolge ist man der Ansicht, daß die Belgier glauben, der General bringe den Bericht verschiedenen englischen Beamten, die eine Untersuchung der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet veranlassen, nach London. Der Berichterstatter erhob weiter in Brüssel sei ein offizieller Protest gegen das Vorgehen der belgischen Grenzbehörde eingegangen. In einem Zeitartikel nennt „Daily Chronicle“ das Vorgehen der Belgier eine Verletzung des Godleys und hofft, daß die belgische Regierung sich beeilen wird, eine beruhigende Erklärung zu diesem Vorfall abzugeben.

Interalliierte Kontrollverlust in Königsberg

Königsberg, 28. Juni. (Tel.) Wie die Abendblätter melden, versuchte heute die interalliierte Militärkommission in Königsberg, ihre Kontrolltätigkeit auf den hiesigen Militärdenkmälern wieder aufzunehmen. Der Versuch blieb indessen erfolglos, da ihnen Auskünfte nicht erteilt wurden.

Für eilige Leser

Auf dem rheinischen Provinziallandtag hielt Reichskanzler Cuno eine politische Rede.

Die französisch-englischen Besprechungen über die Ruhr- und Reparationsfragen sind wieder aufgenommen.

Der Brief des Papstes wird in englischen und amerikanischen Regierungskreisen günstig aufgenommen.

Thénis hat dem belgischen König erklärt, daß er das Kabinett bilden werde.

Die Lage auf der Kaufmann-Konferenz ist wieder sehr kritisch.

Der Reichstag hat an die polnische Regierung ein Note geschickt, die die als in einem zu unbilligen Ton geschriebenen zurückstelt.

Dokumente vom 29. Juni: 154 119, — (28. Juni: 149 925, —).

Rheinischer Provinziallandtag

Reichskanzler Cuno zur Lage

* Barmen, 28. Juni. (Tel.) Die heutige Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtages gewann durch die Gegenwart des Reichskanzlers eine besondere Bedeutung. Gegen 10½ Uhr erschienen der Reichskanzler in Begleitung des Reichsministers Dr. Luther im Saal und wurde vom Präsidenten Dr. Jarres namens des Provinziallandtages und der gesamten Bevölkerung der Rheinprovinz herzlich willkommen geheißen. In der Erwiderung betonte der Reichskanzler, daß ihn nicht nur die Pflicht, sondern vor allem auch ein Verlangen nach Frieden hierher getrieben habe. Es folgten darauf Erklärungen der einzelnen Parteien zur politischen Lage. Darauf ergriff der Reichskanzler erneut das Wort.

In der Erklärung, die Reichskanzler Dr. Cuno nach den Ausführungen der politischen Parteien abgegeben hat, heißt es: Die Einigkeit, die in den Erklärungen aller Parteien des Hauses zum Ausdruck kam, machte einen überwältigenden Eindruck auf mich. Ich kann mir immer wiederholen, was mir bei jeder Gelegenheit erklärt wurde und was ich heute wiederhole, daß die Rheinlande und ihre Zugehörigkeit zum Reich und Preußen unangefastet bleiben müssen und daß keine irgendwie verschiebte Form der Annetion für uns diskutabel ist. Ich wiederhole, es gibt keine Rheinlandfrage für Deutschland. In dieser Auffassung ist sich die Reichsregierung einig mit den Regierungen der deutschen Länder. Es brauchte auch keine Rheinlandfrage zu geben, denn die Politik, die die Reichsregierung schon vor dem Eintritt in die Ruhraktion begann, die sie in geradliniger Entwicklung während der Ruhraktion fortsetzte, gibt Ihnen die Gewähr, daß, so fest wir in der Rheinlandfrage stehen, wir ebenso auf der anderen Seite irgend etwas unternehmen werden, was mit dem Bestand der Einheit und der Souveränität des Reiches vereinbar ist und mit der wirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit in Einklang steht, um dadurch Ruhe und Rhein freizumachen. Wenn Sie aus Ihrem deutschen Empfinden heraus sich sagen, alle diese Belangen können nicht mehr in Ruhe ertragen werden, dann bedenken Sie, daß Unbesonnenheiten irgend welcher Art die Lösung Konflikte nicht bringen werden. Wir müssen besonnen im Rahmen des passiven Widerstandes bleiben. Wir müssen die Waffe des Geistes, die einzige Waffe, die wir gegenüber der Gewalt haben, anwenden, bis es zum guten Ende kommt. So wenig es aber zu Unbesonnenheiten kommen darf, so wenig ist Anlaß zu Kleinmut und Schwäche vorhanden. Es sind sehr Bemühungen im Gange, die großen Fragen vor aller Welt zu klären. Ich kann Ihnen heute nicht die Frage beantworten, wie lange es noch dauern wird, aber die andere, was wird, wenn die rheinische Bevölkerung nicht, wie es im Interesse der Heimat und des Vaterlandes notwendig ist, die schweren Lasten zu Ende tragen, sondern vorzeitig den passiven Widerstand aufgeben würde. Dann wäre es um Deutschland, um das deutsche Volk im Rheinland und den wirtschaftlichen Zusammenhang des Rheinlandes mit dem Reich und Preußen geschehen. Dann wären alle Opfer, die zahllosen Opfer an Gut und Blut vergeblich gebracht worden.

Der heilige Vater richtete in den letzten Tagen, wie ich aus der Presse ersehe, eine Mahnung an die Welt, die dahin geht, Frieden zu machen. Wir danken, daß dieser Schritt geschehen ist, und wir hoffen, daß auf der anderen Seite das Wort einer Neutralität und so hohen Stelle williges Ohr finden wird. Die Welt braucht den Frieden, darum wird auch in Deutschland jedermann den Ruf zum Frieden und zur Versöhnung, der heute von der hohen neutralen Worte des heiligen Stuhles in die Welt gegangen ist, mit dankbarer Zustimmung begrüßen. Wenn Sie alle so weiter den Kampf führen, der aus Ihren Kreisen von selbst herausgewachsen und der von Ihnen selbst getragen wurde, führen werden, dann muß hinter Ihnen das ganze deutsche Volk stehen. Das deutsche Volk in der Heimat, im besetzten Gebiet, muß besonnen und fest bleiben. Unbesonnenheit, von welcher Seite sie auch kommen möge, sei es von rechts oder von links, verurteile ich. Alles, was Parteiführer in das Volk hinausgetragen hat, muß zurücktreten hinter die Frage: Wie rette ich mein Vaterland? Die Besonnenheit muß aber auch fest bleiben in der Stimmung. Darauf kommt es an. Nicht zagen, nicht wanken, das ist das Gebot der Stunde; Besonnenheit, fest bleiben, aber auch eins bleiben. Diese Einigkeit muß in das Volk hineingetragen werden. Wieder diese Regierung noch eine andere Regierung werde durch ihre Maßnahmen wirklich das erreichen, was sie erreichen will, wenn nicht alle Kreise des Volkes hinter ihr stehen. (Sehr richtig!) Nicht mit Polizeigewalt kann man Straßendemonstrationen durchführen. In der heutigen Zeit ist es eine Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Gesetze durchzuführen, damit das Volk keinen Schaden leidet. Dazu gehört die Frage des Wuchers, dazu gehört die der Preiskontrolle, die Frage der Anpassung der Löhne an die Preise, dazu gehört vor allen Dingen unsere Währung. Wenn unsere Währung nicht zu halten ist, dann wird sich das Volk mit Recht ein Gefühl der Verzweiflung und der Verlassenheit bemächtigen. Es gibt noch deutsche Kaufmannschere. Gerade vom Standpunkt dieser Kaufmannschere aus sollte es nicht sein, daß die Börden und sonstigen am Devisenhandel beteiligten Kreise diejenigen Mächte sind, die auch heute noch zum Schaden des ganzen Volkes, wo alles auf dem Spiele steht, Spekulationen treiben. Diese Frage ist eine der Kernfragen, für Sie wie für uns alle. So richtig ich auch heute an Sie die Bitte, gerade in dieser Frage die eigenen Interessen zurückzustellen. Besonnen und fest entschlossen, einsig und opferbereit, dann kann die Frage der Ruhr und die Frage, die Ihnen und mir am meisten am Herzen liegt, die Rheinlandfrage, zu einem guten Ende durchgeführt werden. Ich hoffe, daß Sie alle auch in späteren Zeiten werden sagen können, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten und zusammen mit seiner Regierung sich wert erwies des deutschen Namens und der deutschen Ehre.

* Elberfeld, 29. Juni. (Tel.) Der bedeutenden politischen Kundgebung des rheinischen Provinziallandtages folgte Donnerstag nachmittag eine eindrucksvolle politische Kundgebung von Vertretern der Wirtschaft, die zur Mitgliederversammlung des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes in Elberfeld zusammengekommen

waren. Der Sitzung wohnten als Ehrenmitglieder Sun, Reichswirtschaftsminister Feder, zahlreiche Handelskammer- und Industrielle Verbände bei. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden nahm der Reichsminister, nach lebhaftem Beifall begrüßt, noch einmal das Wort zu einem kurzen Anrede, in der er erklärte, er wisse, daß die Wirtschaft bereit ist, im Abwehrkampf fest zusammenzustehen mit der Reichsregierung. Ihr Abwehrwille finde bei der Reichsregierung lebhaften Widerhall. Sie sei bereit, alles zu tun, um die Not der schwer betroffenen Eisen- und Stahlwarendeckung zu lindern. Hilfe an der Wirtschaft sei Hilfe am Volk. Wenn das deutsche Volk in Ruhe und Frieden leben könne, so werde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft rasch vor sich gehen. Rheinland und Ruhr müßten deutsch bleiben, sie seien Deutschland für keinen Preis feil. Auch die Wirtschaft dort müsse deutsch bleiben und wieder frei werden. In diesem guten Ende werden wir kommen, wenn wir Schulter an Schulter die Lasten tragen und einig bleiben.

Mißerfolg der Lausanner Konferenz

Paris, 29. Juni. (Priv.-Tel.) Der Lausanner Korrespondent des „Chicago Tribune“ teilt mit einem Seiten der Konferenz, weil die Alliierten darauf bestehen, daß Gallipoli eine künftige alliierte Garnison erhält. Unter diesen Umständen würden es aber die Türken ablehnen, das Meeresschiffahrtsabkommen zu unterzeichnen. Die Forderung einer alliierten Garnison dürfte somit morgen übertrieben werden.

Amst. Bascha begab sich gestern abends zu den drei alliierten Bevollmächtigten und ersuchte sie um höchste Versicherung des Friedensschlusses. Alexandris und Venizelos unternahmen gestern nachmittags ähnliche Schritte bei den Alliierten. Außerdem wird bekannt, daß der amerikanische und japanische Vertreter sich ebenfalls im Sinne des schnellen Abschlusses der Konferenzarbeiten bemühten.

Keine Rückkehr Grassins nach London

London, 28. Juni. (Tel.) „Reuter“ erfährt, daß Grassins, der von London nach Moskau abgereist ist, seine Stellung als Führer der russischen Handelsdelegation in London wahrscheinlich nicht wieder übernehmen werde, da seine Tätigkeit in London nicht mit dem Posten des Ministers für Außenhandel, den er gleichzeitig bekleide, zu vereinigen sei.

Das Attentat auf Pafisch

Belgrad, 28. Juni. Zu dem Attentat auf Pafisch wird noch folgendes bekannt: Als die Revolvergeschüsse auf den Ministerpräsidenten abgegeben wurden, befand sich dieser gerade auf dem Wege zu seinem Automobil. Der Attentäter hatte hinter dem Auto gewartet. Pafisch erlitt eine leichte Handverletzung infolge eines Streifschusses, ferner wurde er durch einen Scheibenschuß leicht im Gesicht verletzt. Der Attentäter ist serbischer Abstammung und war bis vor kurzem Bankbeamter in Budapest. Über die Motive der Tat hat er sich bisher nicht geäußert.

Überfall auf den italienischen Handelskammerpräsidenten

Berlin, 29. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung der „Vossischen“ aus Rom wurde in Neapel der Präsident der italienischen Handelskammer Pietravalle von einem Unbekannten überfallen und durch einen Dolchstoß in den Magen lebensgefährlich verletzt. Es scheint sich um die Tat eines Arbeitslosen zu handeln, der vor einigen Tagen bei Pietravalle um Stellung nachgekommen war. Der Zustand des Präsidenten soll hoffnungslos sein. Pietravalle gehört der demokratischen Fraktion der Kammer an.

Jugendende Einwanderung nach Amerika

Paris, 28. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington teilte das Auswanderungsamt mit, daß im Laufe des am 1. Juli beginnenden Geschäftsjahres 387 808 Einwanderer nach den Vereinigten Staaten zugelassen werden sollen. Es wird ein bisher noch nicht dagewesener Zustrom von Einwanderern erwartet.

Moskau, 27. Juni. Die Schwarzmeer-Schiffahrtsgesellschaft erhielt den Auftrag der Vorbereitung des Rücktransportes von 18 000 russischen Rückwanderern aus den Vereinigten Staaten. Auf 100 Personen entfällt die freie Beförderung von einer Tonne landwirtschaftlicher Maschinen.

Ehrhardt vor dem Staatsgerichtshof

Berlin, 29. Juni. (Tel.) Laut einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ soll der auf den 9. Juli vor dem Staatsgerichtshof anberaumte Prozeß gegen Korvettenkapitän Ehrhardt wegen der umfangreichen Vorbereitungen um 14 Tage verschoben werden. Die Anklage lautet auf Hochverrat, die in Ehrhardts Teilnahme am Rapp-Putsch im März 1920 gefunden wurde. Neben Ehrhardt wird der Gerichtshof verhandeln gegen Professor Dr. Karl Schöffer aus Schaffhausen in Oberbayern, Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Hechingen und Leutnant a. S. Franz Diebig, beide in München wohnhaft. Zur Verhandlung sind über 60 Zeugen geladen.

Die Liebe hört nimmer auf

Der Lebensroman einer jungen Deutschen inairo. — Von Erich Friesen
14. Fortsetzung

„Haben Sie gut geschlafen?“ fragte er fröhlich, langsam an ihrer Seite dahinschreitend.

Sie schüttelte den Kopf.

„Nicht? ... Warum nicht?“

„Ich — ich weiß nicht,“ stammelte sie. „Es ist alles so anders, als ich dachte!“

Vorher bildete er auf das gesenkte Köpfchen, für das die Fülle des goldblonden Vordringens fast zu schwer erschien. Ein ruhendes Gesicht umspielte die feinen Lippen. Die langen gebogenen Wimpern warfen tiefe Schatten auf das rosige Gesicht mit der zierlichen geraden Nase und dem runden Grinsen.

Warum stieg es dem jungen Manne zum Herzen.

Welch ein liebliches Bild holder Anmut und keuscher Jungfräulichkeit! Wie, wenn jener feine Schimmer dem Stimm des Lebens ausgeleert würde! Wenn rohe Hände sich ausstreckten, um diese holde Mädchenknospe zu brechen!

„Miß Rosemarie!“ sagte er weich, und das Mädchen zuckte zusammen bei dem innigen Klang seiner Stimme — „ich darf Sie doch so nennen?“

Sie nickte.

Er lächelte und fuhr freundlich fort:

„Ich möchte Sie um etwas bitten, Miß Rosemarie!“

Sie schlug die Augen zu ihm auf — diese kammertreuen, tiefblauen Blicke, deren unschuldsvoller Blick ihm in die Seele schritt.

Betrachten Sie mich als Ihren Freund, Miß Rosemarie, auf den Sie in jeder Situation bauen können! Nur eine Person gibt es auf der ganzen Welt, die es vielleicht noch besser mit Ihnen meint, als ich —

„Madame Milner?“

Unwillkürlich sprang der Name von ihren Lippen.

„Ja, Madame Milner!“ wiederholte er mit seltsamer Betonung.

Rosemarie blickte ihn etwas verwundert an. Wie eigentümlich, daß dieser blonde ohne Madame Milners geheime Freundschaft für sie zu ahnen schien! Sollte er am Ende gar wissen, daß sie mit ihm im weißen Hause —? Als Dienersin —?

Nur liebsten hätte sie ihn danach gefragt. Doch das Versprechen fiel ihr ein, das sie der treuen Seele gegeben hatte, daß niemand erfahren dürfte, wer sich hinter den Dienersin Anette verbarg.

„Also auch nicht — Arnold Welt?“

So bekämpfte sie ihre Neugier, zumal Arnold ihr sehr mit seinem offenen Blick die Hand entgegenstreckte;

Marrentwerfung und Kleinrentnernet

Von Obergerichtsrat Fortlage

Der von Herrn Obergerichtsrat Dr. Hesse im „Neuener Dampfboot“ gemachte Vorschlag eines Hypothekeneinigungsamtes ist gewiss als ein Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der durch den Weltkrieg und seine Folgen entstandenen Ungerechtigkeiten dankbar zu begrüßen. Da der Vorschlag von Herrn Dr. Hesse inzwischen dahin ergänzt worden ist, daß die geplanten Hypothekeneinigungsämter auch für andere Forderungen, welche im Verkehr als Vermögensanlage angesehen werden, zuständig sein sollen, würde das schärfste Mißverhältnis in der Stellung dieser Gläubiger zu ihren Schuldern ausgeglichen werden. Der Vorschlag trifft aber nur eine Gruppe der durch den Umsturz der wirtschaftlichen Verhältnisse geschädigten Gläubiger und zwar eine Gruppe, der vielleicht schon im Wege der Rechtsprechung geholfen werden könnte, da sich die Gerichte immer mehr von dem Grundsatze der Gleichheit der Gläubiger abzuwenden und dazu kommen, in jedem Einzelfalle unter Anwendung des Grundgesetzes von Treu und Glauben im Verkehr oder unter Annahme einer durch den Vermögensverlust entstandenen ungerechtfertigten Bereicherung des Schuldners dem Gläubiger nicht nur die gleiche Summe der von ihm hingegebenen Geldmarken in Papiermarken zuzusprechen, sondern einen weit darüber hinausgehenden Betrag.

Der Vorschlag hilft aber gerade nicht den Gläubigern, welche einer Hilfe am dringendsten bedürfen, da sie auch im Prozeßwege eine Aufwertung ihrer Forderung nicht erreichen können. Es sind dies die Gläubiger, welche durch die politische und wirtschaftliche Umwälzung zahlungsunfähig gewordenen Schuldner haben, Schuldner, zu denen in erster Linie das Deutsche Reich als Schuldner seiner Anleihen gehört, denen aber auch zahlreiche Kommunalverbände, Eisenbahnunternehmungen und andere Körperschaften zuzurechnen sind, die sich durch Ausgabe von Anleihen und Obligationen Mittel verschafft haben, welche sie nicht ohne Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen in aufgeworfener Mark zurückzahlen können. Bei diesen Schuldern ist für den Gläubiger die Verfolgung seines Anspruchs auf Aufwertung im Rechtswege ausgeschlossen, da hier sowohl der Grundsatze von Treu und Glauben wie auch die Annahme einer ungerechtfertigten Bereicherung des Schuldners verstoßen. Denn es würde dem Grundsatze von Treu und Glauben gerade widersprechen, wenn der Richter ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Schuldners, deren Verschlechterung ebenfalls auf den Kriegseingriffen und deren Folgen beruht, auch hier eine Aufwertung der Gläubigerforderungen vornehmen würde, ganz abgesehen davon, daß sich ein solches Urteil beim Fehlen einer genügenden Vermögenssubstanz des Schuldners auch nicht verwirklichen ließe. Bei dem Schuldner liegt aber auch keine ungerechtfertigte Bereicherung vor, da er die Darlehensbeträge nicht zu verwerdenden Anlagen, deren Wert er noch heute in Händen hat, sondern häufig zu unproduktiven Ausgaben verwandt hat, wie z. B. das Deutsche Reich zur Herstellung von Kriegsmaterial. In allen diesen zahlreichen Fällen, in denen dem Schuldner unter Berücksichtigung seiner eigenen wirtschaftlichen Lage eine Zurückzahlung der von ihm aufgenommenen Darlehen unter Aufwertung der auf Mark lautenden Summen nicht zugemutet werden kann, steht der Gläubiger vielfach wohlhabende Gläubiger schuldlos da und bleibt bei sich nach wie vor auf die Armenpflege angewiesen.

Wenn daher an die Frage herangetreten wird, wie den größten durch die Umwälzung des letzten Jahrzehnts hervorgerufenen Unbilligkeiten abgeholfen werden soll, müssen meines Erachtens in gleicher Weise wie andere Gläubiger auch diese Gläubiger zahlungsunfähiger Schuldner, soweit sie sich in Not befinden, berücksichtigt werden. Man stelle sich vor, mit welchen Gefühlen der verarmte Bedner von Kriegsanleihen, der sein ganzes Vermögen in den Krieg hineingegeben hat, sehen müßte, wie dem Hypothekengläubiger gewollt wird, während er selbst auf Almosen angewiesen bleibt. Nun sind zweifellos nicht genügend Mittel vorhanden, um allen Gläubigern die Zurückzahlung ihrer Forderungen in aufgeworfener Form zu ermöglichen, darum muß ein Teil der Gläubiger völlig und andere teilweise auf die Aufwertung verzichten. Es dürfte aber dem sozialen Empfinden widersprechen, wenn dieser Verzicht darauf abgelehnt würde, ob der Gläubiger einen zahlungsunfähigen oder einen infolge der Umwälzungen zahlungsunfähig gewordenen Schuldner hat. Die Berechtigung, eine Aufwertung der Forderungen zu verlangen, müßte vielmehr von den Vermögens- und Einkommensverhältnissen des Gläubigers abhängig gemacht werden, so daß nur der bedürftige Gläubiger einen über die Papiermark hinausgehenden Anspruch hätte. Ein Fonds zur Befriedigung der bedürftigen Gläubiger könnte dadurch aufgebracht werden, daß der Staat die durch die Markentwerfung eingetretene ungerechtfertigte Bereicherung zahlungsunfähiger Schuldner als Steuer einzieht. Hierzu wäre in erster Linie erforderlich, daß jedes Einzelvergehen des Gläubigers eines zahlungsunfähigen Schuldners mit dem Ziele, eine Aufwertung seiner

Forderung zu erreichen, gesetzlich ausgeschlossen würde. Der durch die Einziehung der Steuer aufgebrauchte Fonds müßte dann von dem Staat dazu verwendet werden, denen, welche infolge der Entwertung ihrer Forderungen die nötigen Existenzmittel verloren haben, durch Zahlung einer Rente ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Und zwar müßte diesen Gläubigern ein Rechtsanspruch auf die Rente gegeben werden, den sie sich durch Eingabe früher erarbeiteten Vermögens erworben haben, so daß sie nicht dem jetzt von vielen als drückend empfundenen Gefühl, Empfänger von Armenunterstützungen zu sein, ausgeliefert wären. Ich verkenne nicht, daß ich hiermit von den nicht bedürftigen Gläubigern zahlungsunfähiger Schuldner, welche ihr Recht auf Aufwertung vielleicht im Prozeßwege erreichen könnten, ein Opfer verlange. Da aber von allen Seiten Opfer gebracht werden müssen, wenn man zu einem sozialen Ausgleich kommen will, dürfte das Verlangen dieses Opfers, das keine Gefährdung der Existenz des Opfernden bedeutet und den Armen der Armen unmittelbar zugutekommen soll, nur billigem Empfinden entsprechen. Vorschläge im Einzelnen zur Durchführung dieses Gedankens behalte ich mir vor. Die vorstehenden Ausführungen sollen nur eine Anregung geben, der Frage näherzutreten, wie den schuldlos in Not geratenen Rentnern geholfen werden kann.

Der Danzig-polnische Konflikt

Danzig, 29. Juni. (Tel.) Der Senat der Freien Stadt Danzig hatte an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig eine Note gerichtet, in der es heißt: Der Senat bedauert, daß die polnische Regierung die Ausweisung Danziger Staatsangehöriger nicht rückgängig gemacht hat. Bei den Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Danzig handelt es sich fast ausnahmslos um Personen, die unsere Gesetze verletzen. Der Umstand, daß die polnische Regierung während der vergangenen Jahre keine Danziger aus Polen ausgewiesen hat, ist weniger auf das Wohlwollen der polnischen Regierung zurückzuführen, als vielmehr einfach darauf, daß die Danziger Staatsangehörigen, die in Polen wohnen, niemals irgend einen Grund zur Ausweisung gegeben haben. Dem jetzt gestellten Verlangen, den polnischen Staatsangehörigen in Danzig dieselben Rechte einzuräumen wie den Danziger Staatsangehörigen, vermögen wir nicht zu entsprechen. Dieses Verlangen wird in der Bevölkerung Danzigs als unbillig empfunden. Der Senat unterbreitete daher die Ausweisung von 16 Danziger Staatsangehörigen dem Oberkommando des Wehrverbandes zur Entscheidung. Der diplomatische Vertreter Polens schickte diese Note zurück mit dem Bemerkten, er könne diese Note, da sie nicht in geeigneter Form gefaßt sei, nicht zum Kenntnis nehmen.

Das lettische Regierungsprogramm

Riga, 29. Juni. (Tel.) Welche eine neue Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten wird in Riga am 9. Juli stattfinden. Das neue lettische Kabinett Rejerowitsch hat sich gestern dem Parlament vorgestellt und ein Vertraktatensprogramm mit 51 gegen 37 Stimmen (den Linken, Sozialdemokraten, Russen und Juden) erhalten. Die Regierungserklärung betont, daß auf außenpolitischem Gebiet die Hauptaufmerksamkeit der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Ausland gewidmet werden soll. Ferner wird die Regierung in erster Linie den engeren Zusammenhang der baltischen Staaten erstreben mittels Gründung eines baltischen Staatenbundes als erstes Ziel. Die Hauptaufgabe der inneren Politik bleibe Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens und Festigung der Agrarreform.

Dubois zum Reparationsproblem

Paris, 29. Juni. (Tel.) Bei einem Frühstück der Vereinigung französischer Kaufleute und Industrieller hielt der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission Dubois einen Vortrag über die Reparationsfrage, worin er u. a. erklärte, es sei keine Lösung möglich, ohne eine loyale und ehrliche Verständigung der Alliierten über die Durchführung des Vertrages, der ihre Unterschrift trage. Wenn einige unter den Alliierten die Deutschland obliegenden Lasten zu schwer fänden, liege es daran, daß sie durch eine Erleichterung dieser Lasten, die eine wahre Revision des Friedensvertrages darstellte, auf ihre Kosten zu kommen gedenken. Für Frankreich sei es ausgeschlossen, diesen Erleichterungen zuzustimmen ohne eine Kompensation, zum Beispiel eine Priorität zu Gunsten der zerstörten Gebiete. Auch in diesem Fall hätte Frankreich Garantien zu erhalten, durch die ihm auf alle Fälle die festgesetzten Zahlungen gewährleistet würden.

Deutsche Flieger in Südamerika verunglückt

Berlin, 28. Juni. Werner Junder, der älteste Sohn von Professor Junder, der als Flugzeugführer der Südamerikareise der Junderwerke angehört, und Flugzeugführer Müller sind einem Unfall zum Opfer gefallen. Ob es sich um den Unfall eines Flugzeugs oder nur um einen Unfall in der Werkstatt handelt, ist noch nicht bekannt.

Dann schritt sie an Mahomed Affads Seite, auf dessen braunen Stirn die Zornesader angeschwollen war, durch den dufenden Blütenrausch dem Weißen Hause zu.

Quers hüllte sich der Beduine in finstere Schweigen.

Bald aber begann er, in scheluber freundschaftlicher Weise dem jungen Mädchen Vorwürfe zu machen über ihr unvorsichtiges Verhalten. Lady Jabella würde nie dulden, daß sie allein das Haus verließ, am wenigsten aber, daß sie mit fremden Herren zusammenkäme. Auf Rosemaries empörten Einwänden, sie hätte Mißer Beifall zufällig getroffen, erwiderte er spöttisch, daß sie ganz egal. Und wenn er ihr einen guten Rat geben dürfte, so sollte sie sich nicht zwischen Lady Jabella und Mißer Welti drängen.

Ihren großen verwunderten Blick beantwortete er durch höfliches Achselzucken, das Rosemarie noch mehr aufbrachte. Als er aber anfang, ihr Lebenswirklichkeiten zu sagen und sie dabei in verwandtschaftlicher Weise bei ihrem Vornamen anredete — da verdaß sie sich energisch jede Verträglichkeit.

„Ich weiß, es ist unklar von mir, daß ich Ihnen meine Antipathie so offen zeige,“ flüchte sie erregt hinzu. „Aber ich bin es nicht gewöhnt, meine Empfindungen zu verbergen. Und ich halte es für das Beste, wenn Sie von Anfang an wissen, wie ich über Sie denke.“

„Unfinn, Klein!“ lachte er. „Wir beide werden noch sehr gute Freunde werden. Das ist längst abgemachte Sache! Also nicht sträuben! Es hilft Ihnen doch nichts!“

Und da sie gerade an dem Weißen Hause angelangt waren, öffnete er mit einer tröstlichen Verbeugung die kleine Tür, um Rosemarie eintreten zu lassen.

Den ganzen Vormittag beschäftigte sich Rosemarie in Gedanken damit, was Mahomed Affad mit den Worten sagen wollte: „Das ist längst abgemachte Sache.“

Abgemachte Sache? ... Was abgemacht? ... Und zwischen wem? ...

Mit Freunden begrüßte sie die Nachricht, Lady Jabella ließe sie zu sich bitten. In aller Eile rekapitulierte sie all die Fragen, die sie an die Tante stellen, die Wünsche, die sie ihr unterbreiten wollte.

Als sie jedoch vor ihr stand, als sie ihr der hohen Gestalt ansah, die ihr heute in dem weißen Morgengewand, das nachtschwarze Haar aufgelöst über Nacken und Schultern fließend, noch weit imposanter und schöner erschien, als gestern in dem schwarzen Trauerkleide — da blieben ihr die so schön überlegenen Worte wieder in der Kehle stecken, und sie antwortete nur auf die Fragen, die Lady Jabella in vom wüßvollem Tone an sie richtete.

„Wo warst Du heute früh, mein Kind?“

„Ich machte einen kleinen Morgenspaziergang, Lady Jabella.“

„Allein?“

„Allein.“

(Fortsetzung folgt.)

Bei unserm Schicksal aus
Memel sagen wir allen
Verwandten und Bekannten
sowie den lieben Kollegen
der A.-Pol. ein herzlich
Beileben.
Familie Thiemann.
Für die Beerdigung sind
bei uns ferner eingegangen:
Ungeachtet (aus unserm
Beileben) 687 M.
Weitere Spenden nehmen
wir gern entgegen.
Gep. d. Memeler Dampfboots

Für die anlässlich des
Heimganges unseres
lieben Sohnes
Konrad
in so reichem Maße
bewiesene Teilnahme
sagen herzlich Dank
Rudolf Faerber
und Frau.

Schulmachers-Innung
Am Montag, d. 2. 7.,
nachm. 4 Uhr:
Quartals-Verammlung
Der wichtigen Tages-
ordnung wegen ist das Ver-
samml. sämtl. Mitglieder
dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Schneider-Innung
Montag, den 2. Juli
nachmittags 4 Uhr
Quartals-Verammlung
im Schützenhaus.
Tagesordnung:
1. Einziehung der Beiträge
2. Reuewahl d. Obermeisters
3. Wahl von drei Vorstands-
mitgliedern
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verkaufe
meistbietend gegen Barzahl.
Montag, 2. Juli, 9 Uhr vorm.
Bahnhof Willforten
1. Auktions-Kleiderkasten,
1. eif. Feigeltel, 1. Sofa,
1. Tisch, 1. Stuhl und anderes.
Hugo Krause.

**Strick- u. Web-
waren-reinwoll.**
Anzugstoffe
in verschiedenen
Farben zu Fabrik-
preisen billig zu haben.
Memeländische Web-
manufaktur und Tuchfabrik
A. Mahle & Co. R. G.
Katholische
-Wiedergew. 1.

**Zweigverein Memel
des Litauischen Seemannsvereins**
Erste Generalversammlung
morgen, am Sonntag, 30. Juni, abds. 8 Uhr,
im Schützenhaus.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung der auswärtigen Gäste.
2. Wahl der Beisitzer.
3. Festlegung der Beziehungen zum Hauptverein.
4. Verschiedenes.
5. Aufnahme neuer Mitglieder.
Anwesenheit sämtlicher Mitglieder und Interessenten
dringend erwünscht. Vertreter des Hauptvereins sowie
der Regierung haben ihr Erscheinen zugesagt.
Der Vorstand.

Kariomenes Intendantura pirks šiu
metų derliaus šieną ir mokės rinkos
kainą. Ukininkai turintieji pardouti šieno
prašoma pardouti pasiūlymus.
Pasiūlymus paduoti artimiausiam Land-
ratsamtui iki š.m. liepos mėn. 10 d.

Ziegelsteine
100 000 ungebr. Ziegelsteine
gebr. Firststeine
Drainrohre, 1 1/2, 2 und 2 1/2 Zoll
gibt billig ab
**Dampfziegelei Brückels
Baumgardt.**

Wir bringen der geehrten Kaufmannschaft Memels und
Litauens zur gefl. Kenntnis, daß wir die
**Centrale unseres vereinigten
Speditionshauses**
unter der Firma
M. Judelmann & Co.
nach
Memel, Simon Dach-Str. 1, Tel. 726
verlegt haben.
Für prompte und billige Erledigung sämtlicher
Spedition- und Inkasso-Aufträge werden
wir stets Sorge tragen.
M. Judelmann. S. Burstein.

**Alfred Boenke
Gertrud Boenke**
geb. Hoffmann
Vermählte

Memel, Juni 1923

Am 28. d. Mts., 8 1/2 Uhr, verschied plötzlich
unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und
Grossmutter, Fuhrhalterwitwe

Anna Kannegiesser

im 81. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachm.
8 Uhr, von Schmelz, Mühlenstrasse No. 9,
aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme anlässlich des Hinscheidens meiner
lieben Schwester, der Lehrerin
Jda Jokuschies

aus Memel spreche ich allen, namentlich
dem Magistrat und der Stadtverordneten-
versammlung der Stadt Memel, dem Memeler
Lehrerinnenverein und der Volksschule zu
Bismarck im Namen der Hinterbliebenen
meinen herzlichsten Dank aus.
Tilsit, den 28. Juni 1923.
Rektor Jokuschies.



LIGA-Fußballspiel

Sonntag, den 1. Juli, nachm. 4 Uhr
LIGA-Sportvereinigung Halensport-Breufen
Königsberg: M. S. B. Memel la

Eintritt 50 Cent Der Spielplan.

**Die Aufnahmetermine für das
Ostpreussische Stutbuch**

sind wie folgt festgelegt:
Mittwoch, den 11. Juli 1923
10 Uhr vorm. in Willforten (Guthof) **Schweiger**
1. nachm. in Babeln (Guthof)
4. in Stenischken (Schmiede Huden)
7. Donnerstag, den 12. Juli 1923
7 Uhr vorm. in Babeln (Guthof)
11. in Babeln (Guthof)
3. nachm. in Babeln (Guthof).
Das Brennen der Nachzucht findet erst später statt.
Landwirtschaftskammer.



Konditorei Sommer

Sonntag, den 30. Juni
abends 8 1/4 Uhr

**Lieder-
und Opern-Abend**

Kammersänger Ferdinand List

Café Kakadu

Sonntag, den 30. d. Mts.

**Wunschabend
Barbetrieb**

Speisen und Getränke
in bekannter Güte.

Mässige Preise.

Memeler Kleinbahnen
Ab 1. Juli er. tritt
eine Erhöhung der
Tarife ein.
Auskunft erteilt die
Bahnbetriebsverwaltung.

Autovermietung
Telephon 739
Gebr. Preukschat.

Autovermietung
Tel. 342
Posingies.

Stiche
aller Art werden täglich
gerändert
Stehr, Sattlerstrasse
Stempel liefert

Werner Stapel, Kdt.-Ges.
Tel. 881.
MEMEL
Lübauerstrasse 30

prompt und billig

**Ingenieur-
Akademie**
(Stadt. Politechnikum)
Wismar a. d. Ostsee,
Progr. d. Sekretariat.

Anteil
für 3 Plätze auf einem
häufigen Erdbegräbnis zu
verkaufen. Näheres bei
O. Pape, Börsenstr. 10/11.

Tauben
mit Taubenschlag und
Mandoline zu verl.
Telg. Schmelz
Schulzeig 1.

**Wer liefert
Bollmisch**
150-400 Liter
täglich?
Offerten unter Nr. 684
an die Expedition
dieses Blattes.

Apollo
Täglich ab 4, 6 und 8 Uhr
Fridericus Rex
vierter Teil: (der schönste Teil)
Schicksalswende und Schlacht bei Leuthen
Hochinteressantes Beiprogramm
Volles Orchester W. Ludewigs
Nachmittags haben Jugendliche Zutritt.

Kurhaus Försterei
Sonntag, den 30. Juni:
Reunion
Künstler-Konzert.

Hotel Kurischer Hof
Schwarzort
empfiehlt sein Hotel-Restaurant
Pensionat und eigene Konditorei
zu mäßigen Preisen.
Täglich Dampferverbindung mit
Schwarzort.
Gudatfs.

„Odeon“-Konzertapparate und Platten
Odeon-Musik-Haus, Königsberg Pr.
Filiale: Memel, Börsenstr. 7.

**American
Line**
Gegr. 1871
Regelmässiger Passagierdampferdienst
**Hamburg-
New York**
mittels Doppelschrauben-
u. Dreischraubendampfer
„Minnekahda“ 30. Juni
„Kronland“ 7. Juli
„Manchuria“ 14. Juli
„Finland“ 21. Juli
„Mongolia“ 28. Juli
„Minnekahda“ 4. Aug.
„Kronland“ 11. Aug.
Hervorragende Einrichtung
der Kajüte und 3. Klasse.
Vorzügliche Verpflegung.
Auskunft erteilt
American-Line
Alsterdamm 39 Hamburg
oder deren
Vertreter in Königsberg Pr.:
Hans Freiherr von Keyserlingk
Reise- und Verkehrs-Büro „Unitas“
Vordere Vorstadt 62
Fernsprecher: No. 3242 u. 5922.

Gute Speise-Kartoffeln
jeder Zeit bei uns erhältlich.
Landw. An- und Verkaufs-Genossenschaft.
Memelmärkte
suche ich stets zu kaufen. Angebote an
Ohr, Hamburg, Grindelallee 150.

Sonderangebot!

Telephon 576



Gegr. 1865

Trotz steigender Unkosten bin ich in der Lage, meiner werten Kundschaft durch vorteilhaften Einkauf
folgendes günstiges Angebot zu machen.

Brillen-Halbmuschel-Gläser
la Qualität

in Fassung gesetzt Lit 1,40
1 mal gebohrt - 1,50

Ferner empfehle mein reichsortiertes Lager in sämtlichen neuzeitlichen Brillen- und Klemmer-
fassungen zu den vorteilhaftesten Preisen.

Neuanfertigungen sowie Reparaturen

finden sofortige fachmännische und saubere Briedigung.

Franz Simiot, Optiker

Memel, Friedrich Wilhelm-Strasse 19-20.

An- u. Verkauf Wader-
strasse 8
kauft Sachen jeder Art,
Kleider v. A. H. Gallinat.

Zu verkaufen
1 photogr. Apparat 9x12 m.
sämtl. Zubehör u. Platten
1 feuerfeste schwere Geldkassette
1 Regenschirm
1 Federhandschuh
Zu erfragen Oberstrasse 38.

Photo-Artikel
wie
Platten, Filmpapier, Rollfilm u. Papiere
in allen Größen für Amateure und Photographen
preiswert vorrätig im
Odeon-Musik-Haus
Telephon 491. Börsenstrasse 7.

**Alte Kleider
Wirtschaftsfaden**
vert. Stogo, Bismarckstrasse 145

mit **D. „Mollösund“**
von Danzig angekommen
Glycose
„Elisabeth“ Mehl
„Nelson“ Mehl
Konnoffementinhaber werden gebeten sich zu melden
Berg & Petersen G. m. b. H.
Lübauerstrasse 38. Telephon 860.

Regelmässige Dampfer-Linie
zwischen
**Memel-Danzig-Vibau-
Stockholm-Memel**
erste Expedition
M/S „Nalle“ Anfang
Juli
Güteranmeldungen
sowie nähere Auskunft auch über Passagiermitnahme durch
Robert Meyhoefer G. m. b. H.
Telegr.: Haslingers Telephon: 428, 711, 727, 732